10 Jeder Mensch wird von Geburt an mit der Erfahrung von Angst konfrontiert, die ihn schutzbedürftig und verletzbar macht. Im Laufe seines Lebens lernt er, sich selbst zu schützen und auch anderen Schutz zu bieten. Es gehört zum Schutz, aktiv Vertrauen zu anderen Menschen aufzubauen und zu erhalten.

Angst und Hoffnung sind Geschwister. Sie reagieren beide auf das Ungewisse und Unberechenbare, jedoch auf unterschiedliche Weise. Während Angst unsere Perspektive verengt, erweitert Hoffnung unseren Blick. Im Zustand der Angst befinden wir uns in erhöhter Anspannung und sind von dem „monarchischen Wunsch“[1] geprägt, das Gegenüber, das uns vermeintlich bedroht, kontrollieren zu wollen. Wenn wir etwas erhoffen, vertrauen wir darauf, dass andere unabhängig von uns selbst agieren werden. „Der Geist der Hoffnung“, so die amerikanische Philosophin Martha C. Nussbaum, „ist also auf geheime Weise mit einem Geist der Achtung vor der Unabhängigkeit der anderen verbunden, mit einem Verzicht auf monarchische Ambitionen, mit einer Art Entspannung und Erweiterung des Herzens.“ Die Angst ist unter diesem Gesichtspunkt eine Bedrohung für die Zukunft, weil sie der Hoffnung auf Veränderung im Weg steht. So dürfte der frühere amerikanische Präsident Barack Obama Recht haben, wenn er behauptet: „Die Demokratie kann zerbrechen, wenn wir der Angst nachgeben.“[2]

---

[1] Martha Nussbaum: Königreich der Angst, Darmstadt 2019, S. 246.

[2] zit. nach Martha Nussbaum a.a.O. S. 22.

Am 7. September 1940 begann der Luftkrieg des faschistischen Deutschland gegen das demokratische Großbritannien. In neun Monaten gingen auf London mehr als 80.000 Bomben nieder. Berichte über das Verhalten der Bevölkerung brachten erstaunlicherweise zu Tage, dass die meisten Menschen angesichts der Bedrohung verhältnismäßig ruhig blieben und sich ein sehr hohes Maß an Disziplin und gegenseitige Hilfsbereitschaft ausbreitete. Der niederländische Historiker Rutger Bregman zitiert aus dem Bericht einer amerikanischen Journalistin, die ein britisches Ehepaar in seiner Küche interviewte: „Während die Fenster zitterten tranken sie in aller Ruhe Tee. Ob sie denn keine Angst hätten, fragte die Journalistin." Darauf antworteten sie: „Aber nein. Was würde das helfen?"[3] Bregman zeigt auf, dass Menschen in Katastrophensituationen eher nicht dazu neigen, in Panik zu geraten, sondern bereit sind, sogar wildfremden Menschen zu helfen, selbst wenn sie dabei ihr Leben riskieren. Die unglaubliche Zivilcourage, die die Ukrainer:innen in ihrem Befreiungskampf gegen die russische Invasion demonstrieren, ist dafür das herausragende Beispiel. Das Wort Courage, das im Englischen, Französischen und Deutschen gleichlautend verwendet wird, basiert auf dem Lateinischen Wort *cor* für das Herz. Sich einem anderen Menschen in der Not mit ganzem Herzen zuzuwenden ist eine Reaktion, die drauf basiert, dass Menschen in Gefahrensituationen eine bessere Überlebenschance haben, wenn sie kollektiv agieren.

Können wir darauf vertrauen, dass sich Menschen in einer Demokratie gegenseitig Schutz bieten? Oder ist in einer Demokratie ausschließlich der Staat für den Schutz seiner Bürger:innen zuständig? Diese Fragen werden angesichts der Klimakrise in zunehmend Maße virulent.

[3] Rutger Bregman, Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit, Hamburg 2023, S. 13.

Rechtspopulisten positionieren sich im Europaparlament gegen den *Green New Deal*. Nur mit knapper Mehrheit konnte der *Nature Restoration Act* das Parlament passieren. Diese Entschließung bietet die Grundlage für Gesetzgebungsverfahren in den Mitgliedsländern der Europäischen Union, um 20% der Wälder aufzuforsten, 20% der natürliche Flussläufe wiederherzustellen und Städte in verstärktem Maß zu begrünen. Alles Maßnahmen, die dem Schutz der Bevölkerung vor Überschwemmungen, Trockenheit und Hitze dienen. Doch die Apologeten, die permanent von der Krise der Demokratie und dem Vertrauensschwund der Bürger:innen reden, haben im Prinzip nur im Sinn was der ungarische Autor Péter Nádas bereits 2013 nahezu prophetisch formuliert hat: „Während wir mit Waffenhandel, legaler und illegaler Geldvermehrung, der Ausplünderung der Erde, der Ozeane und Meere beschäftigt sind, soll der Diktator kommen oder der Sonnenkönig, die Geldaristokratie, die Mafia, der Bandenkrieg, wer auch immer, es soll kommen, wer mit einem Machtwort die finanziellen, sozialen und ökologischen Anomalien beendet, die wir in jahrhundertelanger Arbeit verursacht haben. Meine Willkür soll seine Willkür sein. Er soll die radikale Veränderung im Geschäftsleben, der Meeresbiologie und Meteorologie durchsetzen, damit alles beim alten bleibt und unser ordentlicher Jahresgewinn im ersehnten Umfang wächst. Schluß mit dem demokratischen Geschwafel und Zirkus. Außer uns haben alle den Mund zu halten.“[4] Dass autokratische Regime in Russland, der Türkei, dem Iran oder Ungarn politische Mehrheiten erringen, zeugt von dem Glauben der Wähler:innen, dass ihnen die regierende Partei und die mit ihr verbundene Machtelite Schutz vor gravierenden Veränderungen geben.

[4] Péter Nádas: Dafür und Dagegen. Über Individuelles, Kollektives, Einzelnes und Gemeinsames, in: LETTRE 103, Winter 2013, S. 28.

Doch dieser Schutz ist trügerisch und steigert noch den Verdruss über die Herrschenden, da sie keine wirklichen Lösungen der dringenden Probleme anbieten. Inwiefern es andere Wege gibt, um die Bürger:innen aktiv an der Lösung von kommunalen Problemen zu beteiligen, zeigt ein Beispiel aus Brasilien, das hoffnungsvoll erscheint. In der Millionenstadt Porto Alegre wurde 1989 die Entscheidung über ein Viertel des städtischen Budgets den Bürger:innen anvertraut.[5] Bis 1999 wurde diese Idee von mehr als ein Hundert brasilianischen Städten übernommen. Im Jahr 2016 hatten mehr als 1500 Städte, darunter New York, Sevilla, Hamburg und Mexiko-Stadt einen „partizipativen Haushalt“ eingeführt.[6] Die vorliegenden Begleitstudien zu diesen Formen der Demokratisierung weisen aus, dass durch die Bürgerhaushalte die Bürger:innen besser über die Finanzen ihrer Kommune informiert waren und das Vertrauen in die Politik und die Politiker:innen gewachsen ist. In Porto Alegre waren die Bürger:innen sogar bereit, mehr Steuern zu zahlen. In dem Fazit ihres Forschungsberichts zu den Bürgerhaushalten in Brasilien stellen die amerikanischen Politikwissenschaftler Michael Touchon und Brian Wampler fest, dass sie „stark mit einem Anstieg der Ausgaben für das Gesundheitswesen, einem Anstieg der Zahl der Nachbarschaftsvereine sowie einer Abnahme der Kindersterblichkeit verbunden“[7] sind. Diese Formen der Selbstermächtigung sind wertvolle Erfahrungen für die beteiligten Bürger:innen, doch oftmals werden ihre Vorschläge von den herrschenden Parteien missachtet oder als Alibi benutzt, um Entscheidungen zu legitimieren, die ohnehin schon gefallen sind. Es fehlt - wie unlängst in Frankreich - an einem wirksamen Scharnier, um die

[5] vergl. Rutger Bergmann a.a.O. S. 329.

[6] vergl. ebenda.

[7] Michael Touchon und Brian Wampler: Improving Social Well-Being Through New Democratic Institutions, Comparative Political Studies, Bd. 47, Ausgabe 10 (2013) zit. nach: Rutger Bregman a.a.O. S. 335

Konzepte und Ideen von Bürgerversammlungen in das herrschende parlamentarische System zu integrieren. Daraus resultiert ein wachsender Zynismus und die Zunahme der Entfremdung zwischen den Bürger:innen und der Politik. „Behandelt man den mündigen Bürger wie Stimmvieh, so wird er sich wie Stimmvieh verhalten“, argumentiert der niederländische Historiker David van Reybrouck, „behandelt man ihn aber als Erwachsenen, so wird er sich wie ein Erwachsener verhalten.“[8]

Die entscheidende Kategorie, der wir uns in diesem Zusammenhang zuwenden müssen, ist Vertrauen. „Von anderen Vertrauen zu erhalten und zu erleben, dass Mitmenschen bereit sind, in einer konkreten Situation mit der eigenen Person zu kooperieren, wird vom Motivationssystem des Menschen mit einer sofortigen positiven Reaktion beantwortet,“[9] so der deutsche Neurobiologe und Psychiater Joachim Bauer. Auf dieser Basis sind die beteiligten Personen ihrerseits gewillt, sich vertrauensvoll und kooperativ zu verhalten. „Zusammenfassend zeigen zahlreiche jüngere Untersuchungen, dass der Wunsch, sozial akzeptiert und in einer Gemeinschaft integriert zu sein, ein zentrales menschliches „Triebziel“ darstellt.“[10] Die Diskrepanz zwischen dem ängstlichen Verharren im Gewohnten und der Bereitschaft, sich neuen Herausforderungen zu stellen, lässt sich am ehesten in einer selbstgewählten Gemeinschaft überwinden. Das bedeutet vor allem, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Der chinesische Dichter Lao Tse umschreibt das so: „Güte in Worten erzeugt Vertrauen, Güte im Denken erzeugt Tiefe, Güte im Geben erzeugt Liebe“.

---

[8] David Van Reybrouck, Gegen Wahlen: Warum abstimmen nicht demokratisch ist. Wallstein 2016, S. 156, zit. nach: Rutger Bregman a.a.O. S. 336.

[9] Joachim Bauer: Schmerzgrenze. Vom Ursprung alltäglicher und globaler Gewalt, München 2011, S. 35.

[10] ebenda.

Die Wir-Ich-Balance (Norbert Elias) lässt sich demnach am ehesten herstellen, wenn wir den Wert des „Eigenseins“ und den Wert des „Wir“ gleichermaßen respektieren. Daraus kann sich eine Selbstwertgefühl entwickeln, dass in der Verbundenheit mit anderen erst aufblüht.[11]

Der britische Marketingexperte und Demokratieaktivist Jon Alexander und die Publizistin Ariane Conrad haben in ihrer Publikation *Citizens* die gesellschaftspolitischen Ressourcen aufgezeigt, die sich aus einem anderen, sozialeren Verständnis von Zukunft ergeben könnten. Dabei plädieren sie dafür, gegenüber Verwaltungen, Regierungen und Parteien nicht weiterhin als Konsument aufzutreten. „Wir müssen uns selbst als Bürger sehen - Menschen, die die Welt um uns herum aktiv gestalten, die sinnvolle Verbindungen zu ihrer Gemeinschaft und ihren Institutionen pflegen, die sich ein anderes und besseres Leben vorstellen können, die sich kümmern und Verantwortung übernehmen und die anderen die Möglichkeit geben, dasselbe zu tun. Entscheidend ist, dass auch das Führungspersonal in unseren Institutionen die Menschen als Bürger sehen und uns als solche behandeln.“[12] Das bedeutet, sich sowohl von dem Gedanken zu verabschieden, dass „Die da oben“ es schon richten werden, als auch die Haltung aufzugeben, der Staat sei ein Dienstleister, der für alles zuständig ist. Vielmehr geht es darum, dass die politischen Instanzen ihre eigenen offenen Fragen und Unsicherheiten in Bezug auf die Lösung eines vorhandenen Problems darlegen und die Bürger:innen in den Prozess der Lösungsfindung einbeziehen. Diesen Weg hat die taiwanesische Regierung während der Covid-Pandemie gewählt. Sie kreierte unterhaltsame

[11] vergl. Matthias Horx: 15 1/2 Regeln für die Zukunft. Anleitung zum visionären Leben, Berlin 2020, S. 309ff.

[12] Jon Alexander, Ariane Conrad: Citizen Future: Why we need a new story of self and society, in: BBC Future, 4. August 2022.

Plattformen und Apps, die Bürger:innen in Form eines Wettbewerbs an der Lösung von Problemen - wie etwa der Beschaffung von Masken - beteiligte. Sie überließ es den Bürger:innen ihren Bewegungsradius auf der Basis von freiwilliger Selbstüberwachung zu begrenzen und ermöglichte es ihnen, über eine Hotline eigene Ideen und Vorschläge zur Bewältigung der Pandemie einzubringen. Eine moderne Demokratie schafft Formen der Partizipation, die das Vertrauen in seine Bürger:innen aktiv fördert und damit langfristig erhält.